

Niederschrift Nr. 6 über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Sitzungstermin: Mittwoch, 23.04.2008
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:25 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Pohlmann, Marianne

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine
Davids, Walter
Scheffel, Enno
Stöhr, Friedrich
Wessels, Johann

CDU-Fraktion

Odinga, Hinrich
Schönsee, Carmen

FDP-Fraktion

Bolinius, Rolf für Ralf Fooken (bis 18:35 Uhr)
Hoofdmann, Erwin

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stolz, Wulf-Dieter (bis 19:05 Uhr)

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Graf, Wilfried

Beratende Mitglieder

Tuitje, Ingo Vertreter der Freiwilligen Feuerwehr

Verwaltungsvorstand

Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Grendel, Volker
Kleiminger, Jürgen Dr.
Endelmann,, Hans-Jörg
Heinks, Andree
Lenz, Bernd
Post, Hinrich

Protokollführung

Onnenga, Olga

Niederschrift Nr. 6 über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Pohlmann eröffnet die Sitzung, begrüßt die Pressevertreter, die anwesenden Bürger, die Mitglieder des Ausschusses und die Mitarbeiter der Verwaltung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Vor Genehmigung der Tagesordnung bittet **Frau Pohlmann**, den Tagesordnungspunkt 6 – Gutachten zur Koordinierung der Lichtsignalanlagen in der Stadt Emden – vorzuziehen, da der vortragende Herr Krmek von der Bremer Ingenieurgesellschaft Dr. Brenner noch einen langen Heimweg vor sich habe.

Die Mitglieder des Ausschusses sind mit dem Vorschlag einverstanden.

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 28.11.2007

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 28.11.2007 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Herr Stolz weist den Ausschuss auf die immer noch fehlende Möglichkeit des Badens am Uphuser Meer hin.

Niederschrift Nr. 6 über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Frau Pohlmann fragt die anwesenden Bürger, ob Fragen zu einem der Tagesordnungspunkte gestellt werden möchten.

Frau Kaune erklärt sich als Sprecherin vieler Hundebesitzer und bemerkt zunächst, dass die anwesenden Bürger nur einen kleinen Teil der Gegner für die Anleinplicht von Hunden auf den Wall repräsentierten; die meisten hätten wegen ihrer Berufstätigkeit etc. nicht die Möglichkeit, an der Sitzung teilzunehmen. In dem von ihr vorgetragenen Fragenkatalog gehe es u.a. um folgende Fragen:

1. Ist bekannt, dass laut Auskunft der Polizei in den letzten 4 Jahren lediglich eine Anzeige, wegen eines Übergriffs zwischen Mensch und Hund auf dem Wall erstattet wurde?
2. Wie hoch sind die Einnahmen der Hundesteuern im Haushalt in der Stadt Emden?
3. Nach dem Tierschutzgesetz haben Hundehalter das Tier nicht nur artgemäß zu ernähren und unterzubringen, sondern auch für ausreichenden Auslauf zu sorgen. Gerade für eine sozialverträgliche Entwicklung eines Hundes sei das freie Zusammentreffen mit Artgenossen wichtig.

Herr Lutz bemerkt zu 1., dass die Verwaltung nach mehrfachen Beschwerden von kleinen Kindern, Joggern, Radfahrern bis zu älteren Menschen mit Gehwagen bzw. Rollstuhl, die sich durch Hunde auf den Wallanlagen belästigt fühlten, habe reagieren müssen. Man habe versucht, eine verträgliche Lösung des Konfliktes zwischen Mensch und Hund zu finden, und zwar durch eine Regelung der Anleinplicht für Hunde ausschließlich auf den Wegen der Wallanlage. Er plädiere für ein vernünftiges Miteinander und mahnt zur Rücksichtnahme. Dieses gelte ebenso für die Natur, wenn während der Brut- und Setzzeit vom 01. April bis zum 15. Juli eines jeden Jahres nach dem Nieders. Gesetz über den Wald- und die Landschaftsordnung für den Hund die Anleinplicht bestehe.

Zu 2. erklärt **Herr Lutz**, dass die Hundesteuer in Deutschland um das Jahr 1810 von Preußen als sogenannte Luxussteuer für Tiere eingeführt wurde, die keine Nutztiere seien. In Emden seien zurzeit knapp 2.500 Hunde gemeldet, wobei die geschätzte „Dunkelziffer“ schätzungsweise bei ca. 30% liegen. Die Einnahmen betrügen etwa 170.000 € Hundesteuer sei jedoch kein Entgelt dafür, dass der Hund überall koten oder unangeleint herumlaufen dürfe, sondern die Hundesteuer sei eine „Steuerung“, um die Anzahl der Hunde in der Stadt zu begrenzen.

Zu 3. verweist **Herr Lutz** darauf, dass er auch Hundebesitzer sei und er wisse, wie wichtig der ausreichende Auslauf für die Entwicklung des Hundes sei. Gerade deshalb solle die Anleinplicht auch nur für die Wege des Walles gelten, in den Grünanlagen hingegen sollten Hunde auch künftig herumtollen dürfen.

Abschließend verdeutlicht **Herr Lutz** noch einmal, dass es der Stadtverwaltung nicht darum gehe, die Hundebesitzer zu bestrafen oder das Stadtsäckel mit Bußgelder zu füllen, sondern vor allem solle das gegenseitige Verständnis gestärkt werden. Es gehe darum, die Anleinplicht zu regeln und nicht um die Hundehaltung.

Niederschrift Nr. 6 über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

BESCHLUSSVORLAGEN

- TOP 5 Änderung der Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, die Festsetzung und die Art und Weise der Anbringung von Hausnummern in der Stadt Emden
hier: Ausweitung der Anleinpflcht
Vorlage: 15/0664

Herr Lutz trägt vor, dass der § 1 (Abs. 2 und 3) der Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, die im Dezember 2005 vom Rat beschlossen wurde, die Beaufsichtigung und das Führen von Hunden regelt. Hundeführer sind danach verpflichtet zu verhüten, dass ihr Hund unbeaufsichtigt herumläuft und Personen oder andere Tiere anspringt oder anfällt. Anleinzwang für den Hund besteht in den Fußgängerzonen an einer 1,50 m langen Leine, aber auch in Straßen oder auf sonstigen öffentlich zugänglichen Flächen, wenn Umzüge, Veranstaltungen oder Feste stattfinden sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln. Mehrfache Beschwerden aus der Bevölkerung über Konflikte mit unangeleinten Hunden auf den Wallanlagen habe die Verwaltung veranlasst, zu reagieren. Um den Konflikt zwischen Hund und Mensch zu regeln, wird dem Rat der Stadt Emden die Erweiterung des Anleinzwanges auf die Wege der Wallanlagen vorgeschlagen.

Zum Abschluss seiner Ausführungen weist er darauf hin, dass die Stadt beabsichtigt, in Zusammenarbeit mit den örtlichen Hundeschulen Lehrgänge für Hundehalter einerseits und Menschen, die Angst vor Hunden haben, andererseits anzubieten.

Herr Davids setzt auf das Verantwortungsbewusstsein der Hundehalter. Sie könnten am Besten einschätzen, ob ihr Hund frei laufen dürfe oder angeleint werden müsse. Die Begründung für eine Änderung des Anleinzwanges sei schwammig, so dass die SPD-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung nicht zustimmen werde.

Für **Herrn Graf** hat der Schutz des Menschen Vorrang. Es gäbe leider auch Hundehalter, die das Verhalten ihres Hundes nicht richtig einschätzten. Durch die Anleinpflcht werde eine Gefahr abgewendet, die er besonders im Hinblick auf Behinderte und Kranke sehe.

Herr Rolf Bolinius fordert von allen Nutzern des Walles gegenseitige Rücksichtnahme. Die Erweiterung der Verordnung lehne die FDP-Fraktion ab.

Auch **Herr Odinga** sieht für die CDU-Fraktion keinen Handlungsbedarf. Die Anleinpflcht halte er auch deshalb nicht für sinnvoll, da sie nicht kontrollierbar sei.

Herr Stolz sieht den Vorstoß der Verwaltung als völlig verfehlt und überzogen.

Herr Grendel bemerkt zu dem Argument der anwesenden Hundehalter, dass es nach Aussage der Polizei in den zurückliegenden vier Jahren nur einen einzigen Übergriff zwischen Mensch und Tier gegeben habe, dass es sich hierbei um einen Straftatbestand gehandelt habe. Beschwerden telefonischer und mündlicher Art haben sich jedoch deutlich vermehrt, so dass die Verwaltung darauf reagieren und handeln musste. Ein Anleinzwang für die Wege auf dem Wall sei als eine mögliche Lösung erarbeitet und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Niederschrift Nr. 6 über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Frau Pohlmann lässt über den Beschluss abstimmen.

Beschluss:

Der § 1 Abs. 3 der Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, die Festsetzung und die Art und Weise der Anbringung von Hausnummern in der Stadt Emden wird um folgenden Passus „d) auf den Wegen der Wallanlagen“ ergänzt.

Ergebnis: einstimmig abgelehnt

Nach der Abstimmung verlassen die Bürger die Sitzung um 18.30 Uhr.

Herr Bolinius verlässt ebenfalls die Sitzung.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6 Gutachten zur Koordinierung der Lichtsignalanlagen in der Stadt Emden
Vorlage: 15/0675

Bevor **Herr Dipl. Ing. Nick Krmek** das Gutachten über die Analyse der Streckenkoordinierung im Zuge wichtiger Hauptstraßen vorstellt, gibt **Herr Grendel** eine kurze Einleitung. Das Bremer Ingenieurbüro Dr. Brenner wurde damit beauftragt, das komplizierte und komplexe Zusammenspiel der Lichtsignalanlagen (LSA) auf den wichtigsten Hauptstraßen zu untersuchen. Als Grundlage für die Auswertungen und das Gutachten dienten jeweils zehn Automessfahrten in beide Richtungen der Nord-Süd- sowie der Ost-West-Achse. Die Fahrten wurden im November des vergangenen Jahres an zwei Tagen durchgeführt, um dabei Mängel und Schwachstellen festzustellen.

Herr Dipl. Ing. Nick Krmek stellt die Untersuchungsmethode, die Ergebnisse und die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen anhand einer ausführlichen PowerPoint-Präsentation vor.

Herr Odinga spricht die Schwachpunkte der Larrelter Straße mit seinen drei verschiedenen Systemen und Straßenbaulastträgern an. Er möchte wissen, wie kann dort eine bessere Abstimmung erreicht werden könne.

Herr Grendel bemerkt, dass die Hauptursache vermutlich an der veralteten Ampelanlage an der Kreuzung Larrelter Straße / Schlesierstraße liege, die von der Sicherung des dortigen Bahnüberganges abhängig sei. Diese müsse komplett erneuert werden. Die Modernisierung erfordere aber einen enormen finanziellen Aufwand. Da die Anlage aber sowieso in den nächsten Jahren ersetzt werden muss, kann dieser Aufwand nicht der Umsetzung einer „grünen Welle“ zugerechnet werden. Sie ist vielmehr Voraussetzung für die Möglichkeit einer Koordinierung. Des Weiteren betont er, dass das Gutachten in weiten Teilen das Funktionieren der Koordinierung vor allem im Stadtkernbereich bestätigt. Lediglich im Stadtrandbereich sind noch Defizite

Niederschrift Nr. 6 über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

festzustellen, hier nimmt die Larrelter Straße aufgrund der genannten Struktur eine Sonderstellung ein.

Herr Janßen möchte wissen, wie der Verkehr an der Doppelampel Agterum / Ringstraße beeinflusst werden könne, damit sich dort keine Staus bilden.

Herr Grendel sieht dafür nur die Möglichkeit in der Einschränkung der Vorrangschaltung für Busse am Wasserturm. Wenn gleichzeitig mehrere Busse am ZOB starten, wird der Verkehrsfluss vorübergehend blockiert und Staus entstehen. Das Gutachten sieht hier die Einrichtung einer Kernwelle (Mindestgrünzeit) in der Larrelter Straße vor.

Herr Janßen erkundigt sich nach den Chancen, das Straßenbauamt Aurich als Kostenträger in die Pflicht zu nehmen.

Herr Grendel erwidert, dass das Straßenbauamt über moderne Anlagen verfügt. Der Erneuerungsaufwand und damit ein Großteil der Kosten betreffe ausschließlich stadteigene Anlagen, so dass nicht mit einer Kostenbeteiligung zu rechnen ist.

Frau Pohlmann bedankt sich bei **Herrn Krmek** für seinen sehr interessanten Vortrag und wünscht ihm eine gute Heimfahrt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Arbeitszeit der Feuerwehrmänner der Hauptberuflichen Wachbereitschaft
Vorlage: 15/0668

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Brandschutz im Hafen - Außerdienststellung des Feuerlöschbootes
Vorlage: 15/0669

Herr Odinga möchte kurz erklärt haben, warum das Transportfahrzeug und die Pumpe für Schiffsbrände bei der Borßumer Feuerwehr stationiert seien.

Herr Lenz bemerkt, dass die Pumpe nicht für Schiffsbrände sondern für die Gebäude an den Kaianlagen genutzt werde. Bei der Bekämpfung von Bränden im Hafen bzw. bei Schiffsbränden könne nach einer Vereinbarung von Bund und Land jetzt der Tonnenleger „Gustav-Meyer“ hinzugezogen werden. Nachteil sei, dass die „Gustav Meyer“ häufig im Außenhafen liege und bei Bränden im Binnenhafen zunächst durchschleusen müsse. Außerdem könne es bis zu einer Stunde dauern, bis die Besatzung an Bord sei. Das sei zwar unbefriedigend, aber das Land habe es so entschieden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 6 über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

TOP 9 Fahrzeugbestand der Feuerwehr
Vorlage: 15/0670

Herr Lenz erklärt die Bemerkungen in der Fahrzeugbestandsliste.

Zur Ziffer 3 bemerkt er, dass es sich um bundeseigene Fahrzeuge handele, die bei den Ortswehren Stadtmitte, Borssum, Uphusen / Marienwehr und Wybelsum / Logumer Vorwerk stationiert seien. Diese Fahrzeuge müsse man aufmerksam beobachten, da bislang nicht bekannt sei, ob diese durch den Bund ersetzt würden.

Herr Lutz weist darauf hin, dass man Jahr für Jahr Punkte des Fahrzeugkonzeptes abgearbeitet habe, nun könne man aus der genannten Liste ersehen, welche Punkte am wichtigsten sind.

In der Diskussion über das beim Flughafen stationierte Fahrzeug stellt **Herr Lenz** fest, dass dieses Fahrzeug zwar nicht mehr auf öffentlichen Straßen fahren dürfe, aber für den Flughafen momentan noch ausreichend sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 10 Bericht Testphase Rathausplatz;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 01.11.2007
Vorlage: 15/0532

Zur „Testphase Rathausplatz“ macht **Herr Grendel** darauf aufmerksam, dass knapp 250 Personen in den vergangenen Wochen an Ort und Stelle befragt wurden. Die Umfrage war zwar nicht repräsentativ, der Stadt ginge es vielmehr darum, ein Stimmungsbild während der Testphase zu erhalten. Positiv bewertet wurde, die Sperrung des Parkplatzes, die neue Verbindung und die Sichtachse vom Stadtgarten zum Ratsdelft. 70% der Befragten hielten dies für eine gute Idee, da der Platz besser wahrgenommen werde. 13% hielten hingegen die Anbindung von Ratsdelft und Stadtgarten nicht für gelungen und forderten den Parkplatz wegen der Touristen zurück. Ebenso wurde die Möglichkeit des schnelleren Überquerens der Straße positiv aufgenommen. Rund 41 % der Befragten halten die Umgestaltung für gelungen, 43 % halten dieses für weniger gelungen, der Rest äußerte sich neutral. Auf der Negativseite stehe die allgemeine Unsicherheit aller Verkehrsteilnehmer. Viel Kritik wurde wegen der langen Wartezeiten bzw. über die Staus auf der Straße Am Delft geübt. Bemängelt wurde, dass Autos zu schnell fahren und Fußgänger den Vorrang der Fahrzeuge nicht beachten würden. Eine Gesamtauswertung der Befragungen werde Mitte Mai im Stadtentwicklungsausschuss vorgestellt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 6 über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

TOP 11 Jagd im Naturschutzgebiet Petkumer Deichvorland;
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 27.11.2007
Vorlage: 15/0673

Herr Stolz bemerkt, dass Anlass für den Antrag eine Anzeige über den Abschuss einer Nonnengans durch einen Revierinhaber war. Seiner Ansicht nach wurden die Fragen aus seinem Antrag nicht ausreichend beantwortet.

Herr Lutz erwidert, dass die drei im Antrag gestellten Fragen von der Verwaltung korrekt beantwortet worden seien.

Auf die von **Herrn Dr. Kleiminger** im Zusammenhang mit der Jagdausübung vorgetragene Bedeutung des „Büchsenlichtes“ reagiert **Herr Stolz** mit Unverständnis. Es dürfe nicht sein, dass geschützte Gänsearten erlegt würden.

Herr Dr. Kleiminger entgegnet, dass er jedem Verstoß nachgehe. Wenn ein Verfahren jedoch gerichtlich eingestellt werde, habe er dies zu akzeptieren.

Herr Stolz verweist auf die Antwort der Verwaltung zur Frage 2 und fragt, wann die angekündigten Gespräche mit den Jagdpächtern stattfänden.

Herr Lutz bemerkt, dass zurzeit noch kein Termin feststehe.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 12 Geschwindigkeitsanzeigetafeln;
- Antrag der CDU-Fraktion vom 01.12.2007
Vorlage: 15/0677

Herr Grendel ergänzt zur Vorlage, dass nach Aufstellung der Geschwindigkeitsanzeigetafeln für den Ortsteil Conrebbersweg und Wolthusen / Uphusen die Verwaltung zunächst bis zum Herbst die Erfahrungswerte mit den Geräten ermitteln werde, um danach das von der CDU geforderte Konzept für die Aufstellung weiterer Geschwindigkeitsanzeigetafeln vorzustellen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 13 Parkmöglichkeiten in der Beethovenstraße;
-Antrag der FDP-Fraktion vom 17.12.2007
Vorlage: 15/0678

Für die FDP-Fraktion ist der Antrag ausreichend beantwortet.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 6 über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

- TOP 14 8. Satzung zur Änderung der Satzung vom 03.07.1997 über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Freiwilligen Feuerwehr einschließlich der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Stadt Emden außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben
-Antrag der CDU-Fraktion vom 31.01.2008
Vorlage: 15/0671

Herr Odinga berichtet, dass es sich bei dem Fall nach seiner Ansicht um einen „Härtefall“ handle. Bei einem Spaziergang des Ehepaares, sei in der Nähe des Kraftwerkes der Mann mit Herzversagen zusammengebrochen. Da die Frau den mitgeführten Hund nicht mit in den Krankenwagen nehmen konnte, als sie ihren Mann begleitete, wurde die Feuerwehr um Hilfe gebeten. Leider verstarb der Mann noch auf dem Weg ins Krankenhaus. Der Frau wurden für die Inanspruchnahme der Feuerwehr 137 € in Rechnung gestellt. Dies finde die CDU nicht in Ordnung, die Feuerwehr werde doch als „Freund und Helfer“ bezeichnet. Man sei der Meinung, dass in diesem Einzelfall 60 € angemessen gewesen seien.

Herr Lutz verteidigt das Vorgehen der Feuerwehr. Sie sei gehalten, die freiwilligen Leistungen gemäß der Satzung zu berechnen. Die Feuerwehr müsse alle Bürger gleich behandeln und dürfe nicht faktisch die schlechter stellen, die ihre Rechnung widerspruchslos akzeptierten. Eine unbillige Härte liege in diesem Fall nicht vor.

In der sich anschließenden Diskussion sprechen sich **Herr Graf** und **Herr Hoofdmann** gegen eine Änderung der Satzung aus. Sie befürchten, dass zukünftig der Ausschuss über Widersprüche gegen alle möglichen Kostenbescheide, die die Feuerwehr erstelle, entscheiden müsse.

Herr Davids beantragt die Zurückweisung der Beschlussvorlage zur Beratung in die Fraktionen.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

- TOP 15 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

„Aktion saubere Stadt“

Herr Grendel teilt mit, dass im Rahmen der „Aktion saubere Stadt“ weitere Maßnahmen stattfinden werden. So wurde in den vergangenen Wochen mit dem Umweltamt die Aktion „Fahrradschrott“, das Ansprechen von Hundebesitzern bei Fehlverhalten, die Einhaltung von Sondernutzungserlaubnissen usw. durchgeführt. Ebenfalls gehörte zur Aktion die Überprüfung der Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes. Auch hier wurde im Vorfeld stark auf Information und Beratung der Betriebe gesetzt, so dass sich die meisten Betriebe vorbildlich verhalten würden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 6 über die Sitzung des Ausschusses für öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

TOP 16 Anfragen

a) Fahrradstreifen der Polizei

Frau Bamminger moniert, dass sie keine Antwort auf ihre Anfrage, was aus den Fahrradstreifen der Polizei Emden geworden sei, erhalten habe. Nach dem Herrn Zimmermann ausgeschieden sei, sei die Polizei leider nur selten im Ausschuss vertreten.

Herr Grendel erwidert, er werde sich um eine Beantwortung der Frage bei der Polizei bemühen.

b) Lichtsignalanlage beim DOC

Herr Wessels gibt den Hinweis, dass die Lichtsignalanlage beim DOC defekt sei.

Herr Grendel wird den BEE informieren.

c) Laterne bei der Lokomotive

Herr Wessels berichtet, dass die Laterne bei der Lokomotive am Bahnhof ebenfalls defekt sei, der angrenzende Zebrastreifen wäre nicht zu erkennen.

Herr Grendel wird die Stadtwerke unterrichten.

d) Fahrradweg Petkumer Straße

Frau Schönsee fragt nach dem Sachstand hinsichtlich des Fahrradweges in der Petkumer Straße zwischen dem Autobahnzubringer und der Jahnstraße.

Herr Grendel erklärt, dass sich der Fahrradweg in der Planung befinde, aber derzeit eine Finanzierung noch nicht gesichert sei.

e) Fährstraße in Petkum

Herr Störk erinnert an sein Anliegen hinsichtlich der Parkproblematik in der Fährstraße.

Herr Grendel bittet um einen entsprechenden schriftlichen Antrag und sichert einen Ortstermin zu.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.